

GEA-Kandidatencheck zur Bundestagswahl 2017: Die sechs Kandidaten der aussichtsreichsten Parteien in den Wahlkreisen Reutlingen und Tübingen beantworten im Wechsel Fragen zu wichtigen Themen, die im Wahlkampf diskutiert

werden. Wohnungsbau und Aufwertung der Pflegeberufe sind etwa Stichworte. Heute sind die Tübinger Kandidaten an der Reihe. Es geht um Berufsaussichten und Beschäftigungsverhältnisse für den wissenschaftlichen Nachwuchs



Junge Wissenschaftler müssen sich oft von einem befristeten Arbeitsvertrag zum nächsten hangeln. Das schadet dem Standort Deutschland.

FOTO: FOTOLIA

Dem Nachwuchs eine Chance?

KREIS TÜBINGEN. Sechzehn Zeitverträge in zehn Jahren? Gibt es nicht? Gibt es wohl. Wer an einer deutschen Universität seinen Traumjob als Wissenschaftler anstrebt, hat einen unsicheren Weg vor sich, hangelt sich über Jahre hinweg von Projekt zu Projekt, von Vertrag zu Vertrag, immer in der Ungewissheit, wie es weitergeht. Im Jahr 2015 hatten 90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter an deutschen Hochschulen befristete Arbeitsverträge, und jeder zweite Vertrag hatte eine Laufzeit von nicht einmal einem Jahr.

Lebensplanung? In diesem System unmöglich. Wer eine feste Professur

ergatterte oder die Gewissheit erhielt, dass es nichts wird mit dem Traumjob, war oft schon über vierzig Jahre alt. Die Folge: Viele junge Wissenschaftler gingen ins Ausland. Das Problem ist seit Langem bekannt, geändert hat das 2007 beschlossene Wissenschaftszeitvertragsgesetz daran nichts.

Deshalb war sich die Große Koalition einig: Das »Befristungsunwesen« muss ein Ende haben. 2016 hat sie das Gesetz geändert mit dem Ziel, dem wissenschaftlichen Nachwuchs verlässlichere Karriereangebote anbieten zu können. So muss sich die Befristung in Drittmittel-Projekten

nun am bewilligten Projektzeitraum orientieren, und die Laufzeit von Arbeitsverträgen muss der angestrebten Qualifizierung »angemessen« sein.



Aber: Qualifizierung ist im Gesetz nicht definiert. Unis und Forschungsinstitute würden mogeln und jedes Schlupf-

loch nutzen, beklagt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Eine wissenschaftliche Tagung vorbereiten? Ein Exposé für eine Promotion erarbeiten? Ist das Qualifizierung? Die GEW fordert, dass Qualifizierung mit einem Zertifikat abgeschlossen werden muss, vorzugsweise mit Promotion oder Habilitation.

Daneben hat die Große Koalition mit den Ländern ein eine Milliarde Euro teures Programm – zu 90 Prozent vom Bund finanziert – geschaffen, um in den kommenden Jahren tausend sogenannte Tenure-Track-Professuren nach amerikanischem Vorbild zu schaffen. Diese »Ein-

steige-Professuren« sind geringer dotiert, sollen aber nach einer sechsjährigen Bewährungszeit in eine reguläre Professur übergehen. Die SPD wollte zudem noch mehr unbefristete Stellen für den akademischen Mittelbau, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Unumstritten ist die Tenure-Track-Professur aber nicht. Manche Hochschulen sind zurückhaltend, um sich nicht zu früh bei einer Stellenbesetzung auf eine Person festlegen zu müssen. Zudem sind tausend Professuren nicht übermäßig viel: Der Wissenschaftsrat hatte die Schaffung von 7 500 Stellen vorgeschlagen. (pp)

Viele Nachwuchskräfte in Forschung und Lehre hangeln sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag. Wie wollen Sie dies verbessern?



Annette Widmann-Mauz (CDU)

In zehn Jahren haben wir den Bildungs- und Forschungsetat um 10 Milliarden Euro auf über 17,6 Milliarden Euro erhöht. Der Forschungsstandort Deutschland ist deutlich attraktiver geworden. Allein von 2005 bis 2014 wurde die Anzahl wissenschaftlichen Personals um 60 Prozent gesteigert. Gerade Exzellenzuniversitäten wie in Tübingen profitieren davon. Die komplette Bafög-Finanzierung durch den Bund ermöglicht den Ländern, weitere Stellen zu schaffen.

Wahr ist aber auch, dass viele Nachwuchswissenschaftler beim ersten Arbeitsvertrag kürzer als ein Jahr angestellt sind. Mit der Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes haben wir die Möglichkeiten von Kurzbefristungen daher verringert und sorgen für eine bessere Lebensplanung junger Akademiker. Zugleich erhalten wir die für die Forschung wichtige Flexibilität, indem die Vertragsdauer an das Qualifizierungsziel oder die Laufzeit des Projektes gekoppelt wird.

Um Hochschulkarrieren noch planbarer zu machen, stellen wir aktuell eine Milliarde Euro bereit, um 1 000 Tenure-Track-Professuren zu fördern. Der Tenure-Track verbessert die Aussicht auf eine Lebenszeitprofessur. Hinzu kommen im selben Umfang weitere unbefristete Professuren.



Martin Rosemann (SPD)

Ich setze mich ein für gute Arbeit in der Wissenschaft, damit Deutschland auf Dauer ein Spitzenstandort bleibt. Junge Talente sollen ihren Weg in der Wissenschaft gehen können und brauchen verlässliche Arbeitsverhältnisse. Befristungen müssen wir deutlich reduzieren. »Dauerstellen für Daueraufgaben« lautet der Grundsatz! Sachgrundlose Befristungen müssen wir abschaffen.

Die SPD hat auch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes vorangetrieben und einen Pakt für den Nachwuchs initiiert. So konnten unsachgemäße Kurzverträge und prekäre Beschäftigung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eingedämmt werden. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen.

Wenn wir die Hochschulen stärker in die Pflicht nehmen, brauchen sie eine bessere Grundfinanzierung. Hier muss der Bund Verantwortung übernehmen und die nötigen Mittel bereitstellen. Dies ist möglich, weil die SPD gegen die Union die Abschaffung des Kooperationsverbots im Hochschulbereich durchgesetzt hat. Eine ausreichende Grundfinanzierung anstelle der schlechenden Zunahme der Finanzierung von Daueraufgaben über Drittmittel gewährleistet zudem eine größere Unabhängigkeit von Geldgebern aus der Wirtschaft.



Chris Kühn (Grüne)

Wer Spitzenuniversitäten und herausragende Forschung will, muss denen, die daran arbeiten, auch Sicherheit und Perspektiven geben. Diese Praxis mit den Zeitverträgen muss aufhören. Gerade an den Universitäten in Forschung und Lehre brauchen wir mehr Mittelbau-Stellen. Auch junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen Familie und Universität miteinander vereinbaren können.

Wir Grünen setzen uns deshalb für ein neues Wissenschaftswunder ein. Wir wollen Investitionen in die Infrastrukturen des Wissens, in Universitäten, in Stellen an Universitäten, in Forschung aber auch in die studentische Infrastruktur wie Wohnheime und Mensen, damit Wissenschaft in Deutschland eine Zukunft hat. Und damit Deutschland der Wissens- und Wissenschaftsstandort in der Welt wird. Ich glaube, wir können ein neues Wissenschaftswunder in Deutschland entfachen.



Christopher Gohl (FDP)

Viele Nachwuchskräfte in Forschung und Lehre stehen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Lehrstühlen oder Instituten. Deswegen sind Zeitverträge missbrauchsanfällig. Freiheit statt Abhängigkeit in Forschung und Lehre heißt deshalb, die Vorteile von Zeitverträgen zu erhalten und die Nachteile möglichst abzustellen.

Zu den Vorteilen zählen die Chancen, beruflich vielfältige Erfahrung sammeln sowie temporäre Forschungsprojekte mit angemessener Besetzung angehen zu können. Mit der jüngsten Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist aber zu Recht etwaiger Missbrauch von Zeitverträgen eingedämmt worden. Transparente Karriere- und Ausbildungswege an Hochschulen sowie Berufsberatung erhöhen die Souveränität bei der Planung des eigenen Lebensweges.

Wir wollen auch, dass Universitäten finanziell in die Lage versetzt werden, Tenure-Track-Professuren als Regelfall der Qualifizierung anbieten zu können. Dabei folgt der befristeten Bewährungszeit eine im Regelfall unbefristete Stelle – eine zusätzliche Möglichkeit zum Karriereanstieg und -aufstieg.



Dubravko Mandic (AfD)

In vielen Bereichen in Forschung und Lehre besteht dieses Problem aufgrund eines Überangebots an potenziellen Kandidaten. Der Nachfrager, sei es der Staat oder seien es private Bildungseinrichtungen, kann auf einen ausreichenden Fundus an Kandidaten zurückgreifen oder kann sich durch Aufweichung seiner eigenen Prinzipien, sei es die Zusammenlegung von Unterrichtseinheiten, die Durchführung von Lehrveranstaltungen durch Fachfremde etc., als mächtiger Nachfrager am Markt auführen.

Gegen diese Missstände helfen klare Regelungen bezüglich Qualität des Unterrichts, Klassenstärke/Veranstaltungsgröße. Ein Verbot von Zeitverträgen würde dagegen insbesondere die Flexibilität der privatwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen und damit einhergehend ihre Marktchancen sehr verringern.



Heike Hänsel (Linke)

Generell braucht es mehr Geld für die Universitäten, um sie von Drittmittel-Finanzierung und befristeten Forschungsprojekten unabhängiger zu machen.

Mit einem Anreizprogramm durch den Bund wollen wir die Einrichtung unbefristeter Stellen fördern. Dieses soll ähnlich wie das »Professorinnenprogramm« die unbefristete Neubesetzung von Stellen mit einem Bonus prämiieren. Es sollte auf insgesamt 100 000 Neubesetzungen angelegt sein, die jeweils für zwei Jahre mit 10 000 Euro jährlich bezuschusst werden. In den kommenden zehn Jahren könnte auf diese Weise die knappe Hälfte des angestellten wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen auf Dauerstellen gelangen. Notwendig wären für dieses Programm Mittel in Höhe von durchschnittlich 200 Millionen Euro jährlich. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz, das die Sonderbefristungsmöglichkeiten in der Wissenschaft regelt, muss schnell überarbeitet werden. Wir brauchen die Bindung der Vertragslaufzeiten an die Dauer der Qualifikationsphase oder des Forschungsprojekts sowie eine Untergrenze von mindestens drei beziehungsweise zwei Jahren. Die Tarifsperrung muss aus dem Gesetz gestrichen werden. Wer Kinder erzieht oder Ältere pflegt, muss diese Zeit an seinen Vertrag angehängt bekommen.